

15. AUG. 1960



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0866090

P/XV/183 - 13. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |   |    |
|-------|---|----|
| 1 - 2 | <u>Moskaus Vorbereitungen zu neuer Abrüstungs-offensive</u><br>Von Genf nach New York<br>Günter Markscheffel  | 80 |
| 3     | <u>Lücke in der NATO?</u><br>Militärische Konsequenzen - falls Belgien das<br>atlantische Verteidigungsbündnis aufgibt  | 30 |
| 4     | <u>Rumänien auf neuen Wegen</u><br>Förderung der Intelligenzberufe<br>Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleichner                                       | 40 |
| 5 - 6 | <u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u><br>Aufbauleistungen in deutschen Städten<br><br><u>"Späät-Montag" - Duisburg</u><br>Von Oberbürgermeister August Seeling | 68 |

\* \* \*  
\* \* \*

## Moskaus Vorbereitungen zu neuer Abrüstungs-offensive

Von Genf nach New York

S.H. - Die Ereignisse im Kongo und die Drohungen Moskaus, auf Kuba Raketenstützpunkte zu errichten, haben in letzter Zeit das Interesse der Weltöffentlichkeit an den Fragen der Abrüstung vermindert. Am Dienstag kommender Woche soll der UNO-Abrüstungsausschuß in New York zusammentreten; man will noch einmal versuchen, die Genfer Zehn-Mächte-Verhandlungen des UNO-Abrüstungsunterausschusses in Gang zu bringen. Es ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß die Sowjets und die übrigen Ostblockstaaten bereit sein werden, an der Dienstag-Sitzung teilzunehmen, da festzustehen scheint, daß Moskau das gesamte Abrüstungsproblem in der September-Vollversammlung der UNO in Anwesenheit von Chruschtschow und den anderen Regierungschefs debattieren will.

### Chruschtschow und die Rolle der Neutralen

Die Motive dieser Absicht Moskaus werden immer deutlicher. Erstens will Chruschtschow wieder einmal ein Weltforum haben, zweitens rechnet Moskau in der Vollversammlung der UNO mit der Unterstützung einer ganzen Reihe neuer UNO-Mitglieder, und drittens - das ist die letzte Ankündigung aus Moskau und New York - will Chruschtschow auf der September-Tagung der Weltöffentlichkeit einen neuen Abrüstungsvorschlag unterbreiten.

In Moskau weiß man, daß besonders die neutralen Staaten Afrikas und Asiens bestrebt sind, eine aktive Ausgleichsrolle zwischen Ost und West zu spielen und rechnet daher damit, daß mindestens einige von ihnen versuchen werden, durch eigene Diskussionsbeiträge das Terrain aufzulockern. Außerdem - das wird auch in amerikanischen diplomatischen Kreisen angedeutet - könnte Chruschtschow bei dieser Gelegenheit erneut einen Vorstoß in Richtung auf Einschaltung Chinas in zukünftige Abrüstungsverhandlungen unternehmen. Ob hier gleich die Frage nach der Aufnahme Chinas in die UNO aufgeworfen wird, ist noch offen. Jedenfalls scheint klar zu sein, daß die Sowjetunion im Herbst dieses Jahres eine Großoffensive vor weltweitem Maßstab in der Abrüstungsfrage starten wird und hierbei mit allen Mitteln der Propaganda, aber auch mit Drohungen, "arbeiten" dürfte.

### Überraschendes Einlenken in Genf

Die Sowjets haben sich für diese zu erwartende Offensive eine relativ gute Ausgangsposition geschaffen, was merkwürdigerweise in der westdeutschen Presse kaum beachtet wurde. Am 11. August dieses Jahres erklärte der sowjetische Delegierte auf der Genfer Kernwaffen-Konferenz, Zarapkin, die Sowjetunion sei bereit, in Rahmen eines Vertrages über das Verbot der Kernwaffenversuche fünfzehn Kontrollstationen auf ihrem Territorium zuzulassen.

13. August 1960

Zum ersten Mal hat damit die Sowjetunion ihre früheren Bedenken gegen die Einrichtung derartiger Kontrollstationen, die sich stets als "Spionagezentren" und "Verletzung der nationalen Souveränität" bezeichnet hatte, aufgegeben. Die Westmächte hatten in einem entsprechenden Vorschlag insgesamt 21 Kontrollposten auf dem Territorium der Sowjetunion vorgesehen und sich ihrerseits damit einverstanden erklärt, daß eine äquivalente Zahl von Kontrollposten in der westlichen Hemisphäre eingerichtet werden sollte.

Völlig überraschend für die Delegierten der Westmächte kam auch die Erklärung Zorapkins, daß die Sowjetunion "im großen und ganzen" mit dem westlichen Drei-Phasen-Zeitplan einverstanden sei, wonach die erste Phase innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages abgeschlossen werden, die zweite Phase innerhalb von fünf Jahren und das gesamte Welt-Kontrollsystem innerhalb von sechs Jahren stehen soll. Entsprechend einem westlichen Vorschlag soll dieses Welt-Kontrollsystem insgesamt 180 Stationen umfassen.

Natürlich hat Zorapkin einige Vorbehalte angemeldet; zum Beispiel mit dem Hinweis darauf, daß nach den westlichen Vorschlägen in der südlicher Hemisphäre des Pazifiks die Anzahl der Kontrollstationen zu gering sei. Entscheidend ist jedoch, daß der sowjetische Chefdelegierte das Prinzip des Kontrollsystems billigte und im Grunde genommen auch gegen die Anzahl der Kontrollstationen nichts einzuwenden hatte.

#### Propagandistischer Schachzug

Dieser Vorgang in Genf hat zwar im Augenblick keine praktische Bedeutung; er zeigt jedoch, daß die Sowjets mit allen Mitteln ihre für September in der UNO-Vollversammlung vorgesehene Abrüstungs-offensive psychologisch vorbereiten. Denn sicher wird Chruschtschow in New York nicht verfehlen, auf die geschilderte Bereitschaft der Sowjets bei den Genfer Verhandlungen über das Verbot der Kernwaffen-versuche hinzuweisen und daraus abzuleiten, daß Moskau angeblich seiner guten Willen zur Abrüstung bereits gezeigt habe. Daß es sich hierbei um einen propagandistischen Schachzug mit dem Ziel handelt, besonders die neutralen Staaten zu beeindrucken, ist klar. Man sollte jedoch trotzdem diesen sowjetischen Versuch, auf die neutralen UNO-Mitglieder Eindruck zu machen, sehr ernst nehmen. Es könnte sein, daß Chruschtschow plötzlich Unterstützung von einigen UNO-Delegationen erhält, die man bisher immer für "sicher" im Sinne des Westens gehalten hat...

Lücke in der NATO?

sp - Die belgische Regierung hat vor einigen Tagen angekündigt, daß sie die Absicht habe, ihre Streitkräfte aus der NATO zurückzuziehen. Noch ist nicht sicher, ob man im Bedeasel diese Ankündigung wahrnehmen wird, zumal die Regierung Byskens durchaus nicht stabil ist. Aber unabhängig davon dürfte es die Öffentlichkeit interessieren, wie groß der augenblickliche Beitrag Belgiens zur NATO ist.

Belgien gibt pro Jahr 3,8 Prozent seines Nationalbudgets für Verteidigungszwecke aus. (Frankreich 8,9 Prozent, die Vereinigten Staaten 10,7 Prozent und die Bundesrepublik etwa 5,4 Prozent). Die belgischen Streitkräfte haben im Augenblick eine Stärke von 120 000 Mann; eine Infanteriedivision und eine Panzerdivision stehen in der Bundesrepublik unter dem Oberkommando der NATO. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß beide Divisionen im rein militärischen Sinne nicht ganz operationsfähig sind. Die belgische Luftwaffe ist eng mit der holländischen Luftwaffe verbunden. Die Düsenflugzeugpiloten beider Länder wurden bisher in Kongo ausgebildet, wodurch beim Rückzug der belgischen Einheiten aus dem Kongo - auch für Holland ein neues NATO-Problem entsteht. Die belgische Luftwaffe zählt zur Zeit drei taktische Geschwader, die in die zweite taktische Luftwaffengruppe der in der Bundesrepublik stationierten NATO-Luftwaffe eingebaut sind. Es handelt sich hierbei um Jagdflugzeuge und Bombenjäger der amerikanischen Produktion F 84, der englischen Hunter Mark IV und Mark VII, sowie der skandinavischen Type CF-100. Die belgische Marine verfügt über 50 Minenboote, die dem alliierten Kommando in der Manche unterstellt sind.

Der Rückzug der belgischen NATO-Einheiten würde auch das Problem der gemeinsamen Waffen- und Flugzeugentwicklung erneut aufwerfen. Belgien ist an der gemeinsamen Entwicklung der " Hawk"-Konstruktion mit Frankreich, der Bundesrepublik, Holland und Italien im Rahmen der NATO beteiligt.

+ + +

### Rumänien auf neuem Wege

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schlicke

Durch die Diskussion um die verbindliche Auslegung der Leninschen Formel von der "Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege" ist die eigentliche rumänische Problematik des III. Kongresses der kommunistischen Rumänischen Arbeiterpartei (RAP) stark in den Hintergrund gedrängt worden. Aber fast möchte es scheinen, als ob die bedeutendsten Durchführungsbestimmungen für die Verwirklichung der hochgesteckten Wirtschaftsplanziele, 1975 die hochindustrialisierten Länder einzuholen, erst jetzt ergähen.

In kaum Wochenfrist haben Zentralkomitee der RAP und Regierung zwei Beschlüsse gefasst, die wirtschaftspolitisch von größter Bedeutung werden könnten. Unter Hinweis auf eine ganze Reihe von Mängeln soll ein zu begründendes "Komitee für neue Technik" die Mechanisierung und Automatisierung der rumänischen Industrieproduktion beschleunigen helfen. Wurde schon in diesem Zusammenhang das Prinzip des materiellen Anreizes entsprechend berücksichtigt, so erging unmittelbar darauf ein anderer Beschluss, wonach die Lage der technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Intelligenz bedeutend verbessert werden soll. Nicht nur, dass ab 1. August alle entsprechenden Positionen nur durch Fachkräfte mit entsprechender Qualifikation besetzt werden dürfen, werden alle diejenigen, die bisher solche Stellen ohne die notwendige Universitäts- bzw. Hochschulbildung bekleidet haben, rückversetzt werden. Nur unter ganz besonderen Bedingungen und ausdrücklicher ministerieller Genehmigung werden Kräfte ohne formale Qualifikation nach dieser Zeit auf führenden Stellen verbleiben dürfen. Neben dieser sozialen Umsichtung ist jedoch für alle Intelligenzberufe eine durchschnittliche Lohnerrhöhung von 20 Prozent vorgesehen, was summarisch eine höhere Lohnauschüttung in der Zusatzsumme von einer Milliarde Lei zur Folge haben wird.

Alle diese Massnahmen deuten an, dass von nun an das Prinzip des materiellen Anreizes stärker berücksichtigt werden und besonders die Positionen besser entlohnt werden sollen, von denen man sich eine schnelle Steigerung und Verbesserung der Produktion erhofft. Mag dies auch einerseits das Eingeständnis bedeuten, dass die recht gleichmässigeren Tendenzen des bisherigen Lohnsystems kein Allheilmittel für eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung gewesen sind, schliesst es doch andererseits die Voraussetzung ein, dass die rumänische Wirtschaft in letzter Zeit ein erhebliches Stück in ihrer Entwicklung vorangekommen ist, was ihr die zweite bedeutende Lohnerrhöhung innerhalb kaum eines Jahres gestattet.

"Stadt-Montan" - Duisburg

Von Oberbürgermeister August Seeling

Im Duisburger Rathaus sind 36 Sozialdemokraten als Ratsherren am Werk. Seit 1948 hat Duisburg einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Im Jahre 1956 wählte die Bürgerschaft von 60 Ratsherren 36 Sozialdemokraten. Eine eindeutige Zahl. Sie beweist, dass die Arbeit in dieser Gemeinde unter der Führung der Sozialdemokraten erfolgreich war und von der Bürgerschaft anerkannt wird.

Die Hafenstadt an der Ruhrmündung, die Stadt Montan am 30 km langen Rheinufer hat ihre geographische und wirtschaftliche Sonderstellung im Kriege teuer bezahlen müssen. 299 Luftangriffe, 65 zerstörte Brücken lagen im Wasser, versperrten Schienen und Strassen. 313 versenkte Schiffe blockierten den Rhein, den Kanal und die 48 km langen Hafenerbecken, die von Kamesmann im Süden bis zur August-Thyssen-Hütte im Norden tief in das Gebiet der Stadt einschneiden.

So sah es im Mai 1945 aus. Jenseits kam es darauf an, entschlossen zu handeln, um einen Weg aus den Trümmern zu bahnen und den Mitbürgern wieder Mut zu herzhaftem Zufassen zu geben. Es waren auch damals die Sozialdemokraten, die an der Spitze aller Bemühungen standen, um ein neues und besseres Leben anzukurbeln. Da war zunächst die brennende Sorge um die Wohnungen. Nur 3 000 Wohnungen hatten 299 Luftangriffe unversehrt überstanden. Der Bau menschenwürdiger Wohnungen war die verdränglichste Aufgabe, die vor Rat und Verwaltung stand. Auch hier wurde kurz entschlossen zugepackt. 65 000 Wohnungen wurden bis heute gebaut. Während in den alten Stadtteilen repariert oder blockweise wieder aufgebaut wurde, wuchsen anderswo oft auf der "grünen Wiese" moderne Stadtteile hoch. Vor allem hier ist an die Spielplätze für die Kleinen und die erhaltenswerten Parkanlagen, die allen dienen sollen, gedacht worden. 27 762 035 DM wurden für die Auflockerung und Begrünung in Duisburg aufgewandt. Mit diesen Mitteln konnten die Grünflächen von 0,2907 ha des Jahres 1946 auf 332,9845 ha bis heute ausgedehnt werden.

Der hart arbeitenden Bevölkerung der grössten deutschen Eisen- und Stahlstadt musste zunächst geholfen werden. Als dem Mangel an menschenwürdigen Wohnraum mit Energie und einem finanziellen Aufwand von 116 335 332 DM entgegengetreten war, nahm sich der Rat auch der besonderen Anliegen der jungen und älteren Mitbürger sowie der sozial Schwachen und der kulturellen Probleme mit Entschiedenheit an.

Schon sehr früh begann Duisburg mit dem Bau von Jugendheimen. Bis heute wurden fünf Heime der "offenen Tür" mit einem Kostenbeitrag von 1 409 600 DM gebaut und 60 Freizeitheime mit Beihilfen und Darlehen in einer Höhe von fast einer Million gefördert. In Duisburg wurde auch eine andere jugendpflegerische Idee verwirklicht, um den Kindern zu helfen, die während der grossen Ferien in der Asphaltatmosphäre der Rhein-Ruhr-Stadt hätten bleiben müssen. Seit 1952 hat sich der Rat der Stadt Duisburg dieser Kleinen angenommen. Für bisher 1 820 502 DM verbrachten mehr als 50 000 Duisburger Kinder einige Wochen in gesunder Luft in der Nachbarschaft der Metropole des unteren Niederrheins.

Eines der fortschrittlichsten Altersheime, das durch seine aufgelockerte Gestaltung persönlichen Ansprüchen entgegenkommt, entstand im Stadtteil Hamborn und folgte damit einem schon sehr früh entstandenen modernen Bau im tieferen Süden der Stadt. Hier begehen nach hartem Werktag die betagten Mitbürger der Stadt Konten den wohlverdienten Feierabend ihres Lebens.

Neben der sorgenden Arbeit für die Bürger wurde die sorgsame Planung für die Stadt betrieben. 140 Kilometer neue Strassen halfen dem Fussgänger und dienen dem modernen Verkehr.

Die erste stadteigene Autobahn wurde in Duisburg begonnen. In Augenblick wird ein Brückenschlag über Ruhr und Häfen getan, der den Norden und Süden der Stadt durch ein kreuzungsfreies Strassenband eng zusammenschliesst.

Es gibt kein Gebiet im Leben der Gemeinde, auf dem nicht die Initiative des Rates spürbar geworden wäre und das bedeutet in Falle Duisburg die Initiative der Sozialdemokraten. Denn seit Jahren trägt die SPD-Fraktion den Haushalt für diese grosse Stadt allein. Sie darf daher mit aller Berechtigung sagen, dass die erreichten Leistungen das Ergebnis ihrer Arbeit sind. Die Sozialdemokraten wirkten für Duisburg und alle Duisburger. Sie werden ihre Kraft für die gesamte Bürgerschaft auch in Zukunft voll einsetzen.

Verantwortlich: Günter Markschiefel